

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Herausgeber: Zürcher Institut für interreligiösen Dialog
Band: 21 (1965)

Rubrik: Notizen zum Zeitgeschehen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Begleitumstände seines Auftretens ein, ja man kann sogar sagen — wiewohl er selbst den Messias gewiß als eine konkrete Person aufgefaßt hat¹⁶ —, daß er sich nicht einmal positiv auf einen unbedingt persönlichen Messias festlegt. Damit kehrt er zum polyvalenten Gehalt der traditionell messianisch gedeuteten Schriftstellen zurück. Auch bricht er allen Berechnungen über die Zeit der Ankunft des Messias die Spitze ab. Seine, wenn auch lange Zeit von den rabbinischen Autoritäten — übrigens aus ganz anderen Beweggründen heraus — bekämpfte Formulierung der messianischen Erwartung ist es, die für das auf dem Boden der talmudischen Tradition stehende Judentum bis heute maßgebend geblieben ist.

NOTIZEN ZUM ZEITGESCHEHEN

Um vier Jahre verlängert

Bundespräsident Lübke hat eine Urkunde unterschrieben, welche die sog. Verjährung in der Verfolgung von Naziverbrechen im Jahr 1969 eintreten läßt. Nach geltendem deutschen Recht erfolgt die Verjährung von Kapitalverbrechen nach 20 Jahren. Der Bundestag beschloß, diese Frist statt ab Kriegsende im Jahre 1945 vom ersten Jahr der deutschen Bundesrepublik, also ab 1949 laufen zu lassen.

Träger des Jerusalem-Preises

Der bekannte Schweizer Schriftsteller Max Frisch ist mit dem Jerusalem-Preis ausgezeichnet worden. Der Geehrte hat den Preis in Jerusalem persönlich in Empfang genommen.

Für ein Dachau-Denkmal

Die österreichische Regierung hat im Gedenken an die Befreiung der 20 000 überlebenden KZ-Häftlinge von Dachau

¹⁶ Das scheint zumindest aus dem *Mischneh Torah*, Sefer Schoftim (Richter), Hilhot Melachim (Von der Königsherrschaft), Kap. 11, hervorzugehen.

vor 20 Jahren dem Internationalen Dachau-Komitee 100 000 Schilling zur Errichtung eines Denkmals überwiesen.

Die Hebräische Universität von Jerusalem feiert

Am 1. April 1925 ist die Hebräische Universität gegründet worden. Sie kann also jetzt auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Die Universität umfaßt heute sechs Fakultäten und fünf angeschlossene höhere Schulen. Etwa 8000 Studenten, darunter auch arabische und afrikanische hören an den verschiedenen Fakultäten. Der Lehrkörper soll sich auf über 1200 Professoren und Dozenten belaufen. Das Jahresbudget hat sich auf 20 Millionen israelische Pfund erhöht.

Der einzige Rabbiner gestorben

Dr. Martin Riesenburger war der einzige Rabbiner der Sowjetzone. Er ist kürzlich im Alter von 69 Jahren gestorben. Im Jahre 1961 schuf Ulbricht das Amt des Landesrabbiners und Riesenburger war der erste, der dieses Amt bekleidete. Er hatte sich als kommunistischer Laienprediger die nötigen Sympathien

erworben. Dafür wurde er von der jüdischen Gemeinde Westberlins nie als Rabbiner anerkannt. Ende 1945 soll es in der Sowjetzone 3480 Juden gegeben haben. Heute sollen kaum mehr 1500 dort leben. Die meisten haben sich nach Westen abgesetzt. Einige Synagogen und Friedhöfe sollen restauriert worden sein. Es gibt heute in der ganzen Zone noch 9 jüdische Gemeinden.

Für die jüdischen Märtyrer

In Anderlecht, einer Vorortsgemeinde von Brüssel, soll ein Ehrenmahl für die jüdischen Märtyrer errichtet werden. Durch einen feierlichen Akt wurde im März dieses Jahres die Grundsteinlegung vollzogen.

Antisemitismus in Venezuela

In Caracas, wo unter beinahe acht Millionen Einwohnern etwa 8500 Juden leben, ist es zu Gewalttätigkeiten gegen Juden gekommen. Die jüdische Schule und die israelische Botschaft ist mit Maschinengewehren beschossen worden. Antijüdische Inschriften wurden an Mauern geschmiert und in den Zentren der Stadt verteilte man juden-

feindliche Flugblätter. Hinter diesen Vorkommnissen, die durch die Behörden verurteilt werden, scheinen alte Nazis zu stehen.

Gegen die Verjährung von Kriegsverbrechen

Auf polnischen Antrag hatte die Uno - Menschenrechtskommission sich mit der Frage der Verjährung von Kriegsverbrechen zu befassen. Es wurde folgende Resolution gefaßt: «Tief erfüllt von der Sorge, daß kein an den Kriegsverbrechen oder den Verbrechen gegen die Menschheit der Naziperiode Schuldiger der Justiz entgehen kann, wo auch immer er sich befindet und zu welchem Zeitpunkt er auch entdeckt wird, hat die in Genf tagende Uno-Menschenrechtskommission einstimmig eine Resolution angenommen, die eine weitere Verfolgung der Nazimörder auf unbestimmte Zeit zur Pflicht aller Staaten machen soll. Die Uno soll die Mittel und Wege studieren, um das Prinzip der Unverjährbarkeit der Verbrechen gegen die Menschheit in das internationale Recht aufzunehmen.»

Kuba und die Juden

Noch etwa 2500 Juden leben auf Kuba. In der Zeit vor Castro waren es über 10000. Der größte Teil der jüdischen Einwohnerschaft ist nach den Staaten ausgewandert. Die Zurückgebliebenen können ihres Glaubens leben. Fünf Synagogen sind zu ihrer Verfügung. Einen Rabbiner gibt es auf der Insel nicht. Die jüdische Einstein-Schule ist nationalisiert worden und wird noch von etwa 60 jüdischen Schülern besucht.

Ein 70. und ein 80. Geburtstag

Zwei Schweizer, die sich in ähnlicher Weise ausgezeichnet haben in den Jahren der Judenverfolgung sind anlässlich ihres 70. bzw. 80. Geburtstages von jüdischer Seite geehrt worden. Karl Kolb, der 80 Jahre alt wurde, war offizieller Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Bukarest. Er hat dazu beigetragen, daß Tausende von rumänischen Juden vor der Deportation bewahrt und gerettet werden konnten. Charles Lutz, der seinen 70. Geburtstag beging, war Schweizer Konsul in Budapest. Etwa

60 000 ungarische Juden haben es ihm zu verdanken, daß sie überlebten. Im Jahre 1946 hat Konsul Lutz seinen Namen ins Goldene Buch des Jüdischen Nationalfonds eintragen dürfen.

Ein Präsident tanzt aus der Reihe

Präsident Bourguiba hat sich für die friedliche Existenz von Juden und Arabern ausgesprochen und empfohlen mit dem Staate Israel in Verhandlungen einzutreten. Er dürfte der erste prominente Araber sein, der sich öffentlich in diesem Sinne ausgesprochen hat. Bourguibas Stellungnahme zu einer schweren Krise unter den arabischen Staaten geführt.

Volkszählung in Kanada

Die Auswertung der Volkszählung vom Jahr 1961 hat ergeben, daß in Kanada die Zahl der Juden seit 1951 um ca. 50 000 gestiegen ist. Von den gegenwärtig 255 000 in Kanada lebenden Juden haben ca. 83 000 das Jiddische als ihre Muttersprache erklärt. Die jüdische Zuwanderung hält an. Im ersten Halbjahr 1964 wurden rund 1500 neu eingewanderte Juden gezählt, darunter etwa 400 Bürger des Staates Israel.

Ulbricht als Komplize Nassers

Im Schlußcommuniqué über den Besuch Ulbrichts in Kairo wird gesagt, daß die Deutsche Demokratische Republik die aggressiven Pläne des Imperialismus verurteile, nach denen der Staat Israel geschaffen wurde, um die Rechte des arabischen Volkes zu verletzen. Sie anerkennt alle Rechte der Palästina-Araber, einschließlich das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung und unterstützt auch die arabischen Pläne für die Ableitung des Jordanwassers. Ulbricht soll sich auch bereit erklärt haben, die deutschen Raketen-Spezialisten, welche die Bonner Bundesregierung zurückzuziehen bestrebt ist, durch geeignete Fachleute aus der Sowjetzone zu ersetzen.

Bonn-Jerusalem

Die Regierungen von Bonn und Jerusalem sind nun ernsthaft daran, ihre gegenseitigen Beziehungen zu normalisieren, d. h. sich anzuerkennen und Botschafter auszutauschen. In beiden Staaten waren erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, in Jerusalem mehr innenpoliti-

scher und in Bonn wohl vorwiegend außenpolitischer Art.

Ein neuer Rabbiner in Bern

Nach dem Rücktritt von Dr. Eugen Messinger vor ungefähr einem Jahr ist nun Dr. Roland Gradwohl zum neuen Rabbiner Berns gewählt worden. Der Gewählte ist in der Schweiz aufgewachsen und war bis vor kurzem in Zürich als Religionslehrer tätig. Seine Ausbildung erhielt er vor allem an der Talmud-Hochschule in Aix-les-Bains. Zuletzt widmete er sich einer Lehrtätigkeit als Dozent für Bibelwissenschaft an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

In Israel sagt man: Nein!

So sehr die Vorschläge des Präsidenten Bourguiba, die auf einen Friedensschluß zwischen Juden und Arabern hinauslaufen, in Israel die Menschen haben aufhorchen lassen, so einig ist man hier auch in der Ablehnung der Propositionen des arabischen Führers. Bekanntlich möchte Bourguiba den Staat Israel auf die Grenzen von 1947 zurückführen. In israelischen Augen wäre eine solche

Verstümmelung des jetzt schon sehr schwer zu verteidigenden Staates der Anfang vom Ende.

Intensivere Verfolgung

Die Ludwigsburger Zentralstelle für die Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen ist in ihrem Personalbestand verdoppelt worden. Damit sind nun laufend 24 Staatsanwälte mit den Ermittlungen beschäftigt. Eine elektronische Anlage soll die Auswertung der Karteien erleichtern. Obwohl die Prozesse gegen Kriegsverbrecher in Deutschland alles andere als populär sind, sollen die bis zur Verjährung verbleibenden vier Jahre zur Verfolgung ungesühnter Straftaten voll ausgenützt werden.

Der Schweizer Bundesrat

In der Annahme, es könnten Personen, die wegen Nazi-Verbrechen gesucht werden, versuchen, in der Schweiz das Asylrecht in Anspruch zu nehmen, hatte auch der Bundesrat sich mit der deutschen Verjährungsfrage zu befassen. Der Rat ist der Meinung, daß solche Personen ausgewiesen werden müß-

ten, und zwar wären sie an die Grenze desjenigen Staates zu stellen, der gegen sie eine Strafuntersuchung eingeleitet hat.

Israel wird sich das Wasser nicht abgraben lassen

Einmal mehr hat Golda Meir, Israels Außenminister, festgestellt, daß man in Israel nicht bereit sei, ruhig abzuwarten, bis die Ableitungsarbeiten an den Jordanquellen zu Ende gekommen seien.

Oberrichter Dr. Max Wolff

In Zürich ist in hohem Alter Oberrichter Max Wolff gestorben. Er war zu Beginn der vierziger Jahre Präsident der Kirchensynode des Kantons Zürich und gehörte damals zu den aufrechten und mutigen Kämpfern für Menschlichkeit und Recht, an die man sich heute gern erinnert. Besorgt darüber, daß es bei uns immer weniger erlaubt sein sollte, im Namen des Rechtes, der Freiheit und der Menschlichkeit für Verfolgte und Mißhandelte einzutreten, kämpfte er mit Gleichgesinnten vor allem gegen die obrigkeitliche Zensur

und den Versuch, dem einzelnen Schweizer Bürger eine Gesinnungsneutralität aufzuerlegen. An einer Kundgebung der Jungen Kirche vom 30. Aug. 1942 im Oerlikoner Hallenstadion, die in die Tage der rigorosen Rückweisung jüdischer Flüchtlinge fiel, erklärte Oberrichter Wolff: «Die Kirche kann und darf sich die Weisungen des Staates nicht gefallen lassen, soweit sie ihr zumuten, ihr Bekenntnis und das christliche Gewissen zu verleugnen. Es kann nicht genug betont werden, daß es der Dienst der Kirche ist, innerhalb des öffentlichen Lebens für die Wahrheit zu zeugen, Recht und Unrecht beim Namen zu nennen. Darum führt sie den Kampf um die Freiheit des Wortes, darum erhebt sie ihre Stimme, wenn man von ihr im Namen der Neutralität fordert, daß sie zu schwerstem Unrecht, das in der Welt geschieht, schweige, daß sie gleichgültig oder angstvoll zusehe, wenn Völker und Rassen vergewaltigt, Recht und Freiheit vernichtet, wenn göttliche Ordnung und menschlicher Wert geschändet, wenn alles verhöhnt und zerschlagen wird, was auch die tragenden Fundamente der Schweiz bildet.»

Spectator